

Finanzsektor: Druck auf Entwicklungsländer nimmt zu

Die Schweiz fordert die globale Liberalisierung der Finanzdienstleistungen. In den Entwicklungsländern werden die ersten negativen Auswirkungen sichtbar.

Marianne Hochuli

Lange schien es im Dezember in Hongkong, als würde auch die sechste WTO-Ministerkonferenz – wie die vorherige in Cancun – platzen. Besonders umstritten war der Dienstleistungssektor, wo die EU, die USA, aber auch die Schweiz intensiviertere Verhandlungen verlangten. Die Entwicklungsländer gaben schliesslich, im Austausch gegen ein Entgegenkommen in der Landwirtschaft, nach. Sie akzeptierten, dass in Zukunft ein so genanntes plurilaterales Vorgehen möglich sein soll: Alle Länder, die zum Beispiel im Finanzsektor den eigenen Banken und Versicherungen einen besseren Marktzutritt in ein anderes Land verschaffen wollen, können sich zusammenschliessen und das anvisierte Land unter Druck setzen, Schutzregulierungen abzuschaffen. Bisher waren solche Verhandlungen nur bilateral möglich. Durch dieses «Alle-gegen-einen-Prinzip» steigt der Druck auf die einzelnen Entwicklungsländer, ihre Dienstleistungsmärkte zu öffnen.

Bereits im Februar 2005 hatte die Schweiz, zusammen mit anderen Industrieländern (Australien, Kanada, EU, Japan, Norwegen, USA), eine Eingabe an die WTO gemacht, an der sich ebenfalls prominente Steueroasen wie Panama, Bahrain, Singapur und Oman beteiligten. Darin drückten diese Länder ihre Überzeugung aus, dass ein liberalisierter Finanzmarkt das wirtschaftliche Wachstum und den Lebensstandard aller WTO-Mitglieder heben werde, da er zu Innovationen und der Übertragung von neuen Technologien führe sowie die Finanzdienstleistungen verbillige. Dazu wäre kritisch zu hinterfragen, wer von diesen Angeboten profitieren kann und wie sich damit die gesamte Finanzstruktur eines Landes verändert.

Die Entwicklungsländer, voran die ostasiatischen Schwellenländer, haben sich jahrelang gegen ein solches Abkommen gewehrt, besteht doch im Finanzdienstleistungsverkehr ein

grosses Machtgefälle zwischen nördlichen und südlichen Ländern. Nicht zufällig konnten erst im Zuge der Asienkrise 1997 Fortschritte bei der Liberalisierung des Finanzbereichs realisiert werden, wobei insbesondere Länder wie Indonesien, Korea und Thailand Zugeständnisse machten. Der Internationale Währungsfonds IWF, aber auch die politischen Vertreter der Industrieländer, nutzten die Schwäche der betroffenen Länder dazu aus, die Interessen ihrer dort ansässigen Banken und Konzerne durchzusetzen.

Mittlerweile liegen erste Resultate über das Wirken ausländischer Grossbanken in Entwicklungsländern vor. Wie Kavaljit Singh vom Public Interest Research Centre in Delhi an einer EvB-Tagung zum Thema «Liberalisierung von Finanzdienstleistungen» erklärte, lassen sich in Indien die ausländischen Banken lediglich in den Städten nieder und sind nur an der reichen Kundschaft – transnationale Konzerne sowie reiche Einzelpersonen – interessiert. Die Anzahl einheimischer Banken in ländlichen Regionen habe in den letzten Jahren dramatisch abgenommen. Untersuchungen in Osteuropa und China zeigen, dass inländische Banken, nachdem sie ihre reichere Kundschaft verloren, ihre Kredite an die ärmere Kundschaft reduziert haben, um die Risiken zu minimieren. Und Sara Longwe, Gründerin des African Women's Network aus Sambia, hob die geschlechtsspezifischen Auswirkungen eines verschlechterten Zugangs zu Krediten hervor. Liberalisierungen von Finanzdienstleistungen haben oft die Privatisierung nationaler Banken zur Folge. In Sambia hat dies zu noch schlechteren Kreditmöglichkeiten für Frauen geführt.

Eine vermehrte Liberalisierung von Finanzdienstleistungen wird aber nicht nur in den WTO-Verhandlungen gefordert. Die Schweiz ist im Rahmen der EFTA-Länder (Norwegen, Liechtenstein, Island) bemüht, in den nächsten Jahren bilaterale Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern abzuschliessen: mit dem südlichen Afrika, mit Thailand, womöglich auch mit Indien. Nichtregierungsorganisationen dieser Länder haben begonnen, zusammenzuarbeiten und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Marianne Hochuli ist bei der Erklärung von Bern für den Programmbereich Handelspolitik verantwortlich.